

Leipzig im Herzen

– die ganze Stadt im Blick



Außerdem:
Inklusion auf S. 3
Kampagne auf S. 6
Rätseln auf S. 8

Dr. Skadi Jennicke
Kandidatin für die
Oberbürgermeisterwahl 2027

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

Leipzig ist mein Zuhause. Seit 48 Jahren lebe ich in dieser wunderbaren Stadt, hier sind meine drei Kinder geboren, hier schlägt mein Herz. Deshalb ist es für mich mehr als eine politische Aufgabe, Verantwortung für Leipzig zu übernehmen – es ist eine Herzensangelegenheit.

Ich freue mich sehr, dass die Linke mich als Kandidatin für die Oberbürgermeisterinnenwahl am 21. Februar 2027 nominiert hat. Bis dahin liegt noch ein gutes Stück Weg vor

uns. Diese Zeit möchte ich vor allem dafür nutzen, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen: über das, was Leipzig heute bewegt, und darüber, wie wir die Zukunft unserer Stadt gemeinsam noch besser gestalten können.

»Soziale Gerechtigkeit ist für mich kein Schlagwort, sondern ein Grundwert.«

Leipzig hat so viel Kraft, so viel Kreativität und so viel Potenzial. Gleichzeitig spüren viele Menschen jeden Tag, dass wichtige Dinge zu langsam vorankommen: bezahlbares Wohnen, ein guter und bezahlbarer Nah-

verkehr, der Kampf gegen Kinderarmut, nachhaltige Investitionen und echte gesellschaftliche Teilhabe. All das betrifft unser tägliches Leben. Ich bin überzeugt: Leipzig braucht neuen Schwung, Mut zur Veränderung und den Willen, Entscheidungen zu treffen.

In den vergangenen Jahren ist vieles ins Stocken geraten. Gleichzeitig stehen wir als Stadt vor großen finanziellen Herausforderungen – nicht, weil Leipzig schlecht gewirtschaftet hätte, sondern weil Bund und Land den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen, ohne die notwendigen Mittel bereitzustellen. Das ist nicht gerecht, und gegen diese Fehlentwicklung werde ich mich mit ganzer Kraft einsetzen. **Weiter auf S. 2**



Wir für Skadi 2027: Johannes Schmidt, Marco Böhme, Franziska Riekewald, Nina Treu und Nam Duy Nguyen (v.l.n.r.).

Fortsetzung von S. 1 Mir liegt besonders am Herzen, dass Leipzig eine offene, solidarische und demokratische Stadt bleibt – eine Stadt, in der Rassismus, Antisemitismus und rechte Hetze keinen Platz haben. Ich wünsche mir ein Leipzig, in dem junge Menschen sich sicher fühlen, ihre Träume entwickeln und ihre Zukunft aufbauen können. Genauso wichtig ist mir, dass unsere Stadt für ältere Menschen noch lebenswerter, barrierefreier und freundlicher wird.

Soziale Gerechtigkeit ist für mich kein Schlagwort, sondern ein Grundwert. Es bewegt mich zutiefst, dass noch immer jedes fünfte Kind in Leipzig in Armut aufwächst. Ebenso darf es nicht sein, dass viele Rentnerinnen und Rentner trotz eines langen Arbeitslebens auf Grundsicherung angewiesen sind. Und in einer Stadt, die von so starken Frauen wie Louise Otto-Peters und Clara Zetkin geprägt wurde, ist es nicht hinnehmbar, dass Frauen noch immer deutlich weniger verdienen als Männer. Vielleicht ist es gerade deshalb an der Zeit, dass Leipzig nach über 700 Jahren und 139 Männern an der Spitze des Rathauses endlich eine Oberbürgermeisterin bekommt!

Ein Thema bewegt mich in besonderer Weise: bezahlbares Wohnen. Wohnen ist für mich die soziale Frage unserer Zeit. Ich gehöre selbst zu den 87 Prozent Leipzigerin-

nen und Leipzigern, die zur Miete wohnen, und ich weiß um die Sorgen, die steigende Mieten und ein angespannter Wohnungsmarkt für viele Haushalte mit sich bringen.

Darum möchte ich hier drei zentrale Vorhaben besonders hervorheben:

1. Wir schützen die Menschen, die hier leben

- Milieuschutz ausweiten
- Zweckentfremdung stoppen
- Mietwucher konsequent ahnden
- Mieterberatung deutlich stärken
- Housing First ausbauen – niemand soll obdachlos sein

2. Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum

- die LWB und Genossenschaften stärken
- Sozialwohnungsbau ausbauen
- kooperative Baulandentwicklung fördern
- Genossenschaften gezielt unterstützen

3. Wir holen uns den Boden zurück

- aktive Bodenbevorratung
- keine Verkäufe städtischer Grundstücke
- Erbbaurecht als Standard
- Vorkaufsrechte konsequent nutzen

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

Demokratie lebt davon, dass Menschen sich einbringen. Für mich ist Kommunalpolitik ein gemeinsames Projekt – getragen von den Ideen, Wünschen und Erfahrungen vieler Menschen. Deshalb ist mir Ihr Blick auf unsere Stadt so wichtig. Ich trete an, weil ich Leipzig liebe und weil ich daran glaube, dass wir gemeinsam viel bewegen können. Ich bitte Sie auch um Ihre Perspektiven, Vorschläge oder Kritik. Gern per E-Mail an: **Skadi.Jennicke@dielinke-leipzig.de**

Besten Dank vorab dafür.

Gemeinsam für Leipzig. Gemeinsam 2027.

Ihre

Dr. Skadi Jennicke

Kandidatin zur Leipziger Oberbürgermeisterwahl 2027

Folgen Sie mir auf **TikTok, Facebook und Instagram** und kommen Sie mit mir ins Gespräch: **@skadi.27**

Meine Ziele für Leipzig

Erfahren Sie mehr und diskutieren Sie mit: **dielinke-leipzig.de/skadi**

- **Gemeinsam aktiv** – für eine solidarische und gerechte Stadt
- **Gut unterwegs** – Schwung holen für nachhaltige Mobilität

- **Kraft gewinnen** – stabile Wirtschaft mit gesunden kommunalen Unternehmen
- **Exakt kalkulieren** – solide Finanzen für tragfähige Investitionen
- **Gemeinschaft pflegen** – Miteinander von Jung und Alt
- **Ökologie praktizieren** – Kühne blau-grüne Perspektiven entwickeln

- **Global vernetzen** – Weltoffenheit schafft Lebensqualität
- **Achtsamkeit leben** – Sicherheit und Ordnung stärken
- **(Mit)Wirkung entfalten** – Gehör finden in einer demokratischen und friedlichen Stadt
- **Gedankenwelten weiten** – mit Wissenschaft und Forschung auf Zukunftskurs

40.322

Leipziger*innen
haben einen Schwer-
behindertenausweis



11,7 %

der Leipziger*innen haben einen
Grad der Behinderung über 20 %



Sören Pellmann

Vorsitzender Fraktion
Die Linke im Bundestag

Leipzig wächst. Das spürt ihr jeden Tag – neue Häuser, neue Cafés, neue Gesichter. Aber eins ist klar: Wenn die Stadt wächst, dürfen nicht immer die gleichen verlieren. Die Stadt gehört euch, den Menschen, die hier wohnen, arbeiten, Kinder großziehen. Nicht den Konzernen, die an eurer Miete verdienen.

Eine inklusive Stadt heißt: Alle können mitmachen. Niemand wird ausgeschlossen – nicht wegen einer Behinderung, nicht wegen wenig Geld, nicht wegen Sprache oder Alter. Egal ob in Großschocher, Grünau oder Gohlis: Niemand soll zu Hause bleiben müssen, nur weil eine Stufe im Weg ist, der Bus nicht barrierefrei ist oder das Ticket zu teuer. Jeder soll sich in Leipzig wohlfühlen können, ob jung oder alt, ob mit Rollstuhl oder ohne.

Barrierefreiheit heißt: keine Hindernisse. Rampen statt Stufen. Aufzüge, die funktionieren. Busse und Bahnen, in die ihr mit Rollator, Rollstuhl oder Kinderwagen einfach reinkommt – ohne Kampf. Schilder und Infos, die alle lesen und verstehen können. Kurz: Die Stadt macht es euch leicht, nicht schwer. Sie soll euch unterstützen, nicht bremsen.

Die Realität ist oft anders. Große Immobilienkonzerne und private Anbieter machen Wohnen und Mobilität immer teurer – um noch mehr Gewinn zu machen. Für sie seid ihr Kundschaft, keine Nachbarinnen und Nachbarn. Für Bärbel aus Großschocher heißt das ganz konkret: Die Miete steigt, der Weg zum Arzt ist anstrengend, die Ampel

schaltet zu schnell auf Rot. Genau das wollen wir ändern. Wir wollen, dass Bärbel und alle anderen sich in ihrer Stadt sicher und willkommen fühlen.

»Das sind **keine Extras**.
Das ist **Respekt**.
Das ist **Würde**.«

Wir als Die Linke packen das im Stadtrat an. Wir haben dafür gesorgt, dass Fußgängerampeln länger Grün zeigen – damit Kinder, Ältere und Menschen mit Behinderung sicher überkommen. Wir kämpfen dafür, dass der Weihnachtsmarkt barrierefrei wird, damit alle feiern können, nicht nur die, die gut zu Fuß sind. Wir fordern barrierefreien Nahverkehr, einen Bürgerbus und eine Fahrbibliothek, damit Angebote auch dorthin kommen, wo sonst nichts ankommt. Und wir setzen uns dafür ein, dass Parkausweise für Menschen mit Behinderung unkomplizierter werden und das Neue Rathaus für alle zugänglich ist – ohne fremde Hilfe, nur um ein Formular abzugeben.

Das sind keine Extras. Das ist Respekt. Das ist Würde. Es geht um grundlegende Dinge: um Teilhabe, um Fairness, um eine Stadt, die wirklich allen gehört.

Klar ist aber auch: Leipzig kann das nicht allein stemmen. Viele Probleme werden in Berlin gemacht. Als euer Bundestagsabgeordneter sage ich Nein zum Rüstungswahnsinn: Statt hunderte Milliarden Euro für Panzer und Raketen brauchen wir Geld für Busse, Schulen und barrierefreie Städte. Ich fordere: keine neuen Waffenlieferungen, keine Wehrpflicht, sondern Umverteilung von Reichen zu Kommunen – damit Leipzig endlich das Geld hat für Inklusion, Kultur und Soziales. Statt mehr Geld für Krieg brauchen wir mehr Geld für Menschen.

Aber ehrlich: Ohne Druck von unten passiert wenig. Wenn ihr euch organisiert, wenn ihr euch beschwert, wenn ihr mit uns auf die Straße geht – dann bewegt sich was, im Rathaus und im Bundestag. Gemeinsam sind wir stark.

Die Stadt gehört uns allen. Holen wir sie uns zurück, gemeinsam. ■

Wie **Spekulation** die lebenswerte Stadt **zerstört**



Caren Lay
Bundestagsabgeordnete

Die Distillery war der älteste Techno-Club Ostdeutschlands. Seit 1995 befand sich der Club auf einem ehemaligen Bahngelände in der Leipziger Südvorstadt – dem Bayerischen Bahnhof. Das Gelände wird jetzt von privaten Bauträgern bebaut. Im April 2024 wurde der Club abgerissen. Kultur wird verdrängt.

Einer der Bauträger ist die BUWOG, die zum Vonovia-Konzern gehört, dem größten Immobilienunternehmen Deutschlands. Vonovia hält in Leipzig einen Bestand von 14.444 Wohnungen. Der Konzern ist gegründet worden, um große Bestände von der öffentlichen Hand privatisierte Wohnungen zu betreiben. Das Geschäftsmodell ist, die Mieten zu erhöhen. 2025 erhöhte der Konzern die Mieteinnahmen um über vier Prozent, um die Gewinne auszuschütten. 166 € der monatlichen Miete einer jeden Vonovia-Wohnung gingen so an Aktionärinnen und Aktionäre. Deshalb gibt es immer wieder Proteste der Mieterinnen und Mieter gegen den Konzern. In Berlin hat die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ sogar einen Volksentscheid gewonnen, mit dem Ziel, die Konzernwohnungen zurück in die öffentliche Hand zu holen.

Klar, es braucht bezahlbare Wohnungen. Und es wird auch Neubau brauchen. Vonovia baut Wohnungen in Leipzig. Aber die neuen Wohnungen erreichen Rekordpreise, wie die in der Chopinstraße nahe der City. Das ist also keine Lösung für die vielen Menschen, die bezahlbare Wohnungen suchen.

Wir sehen: Wohnungskonzerne erhöhen die Mieten, vermieten neue Wohnungen zu Rekordpreisen und verdrängen Kultur.

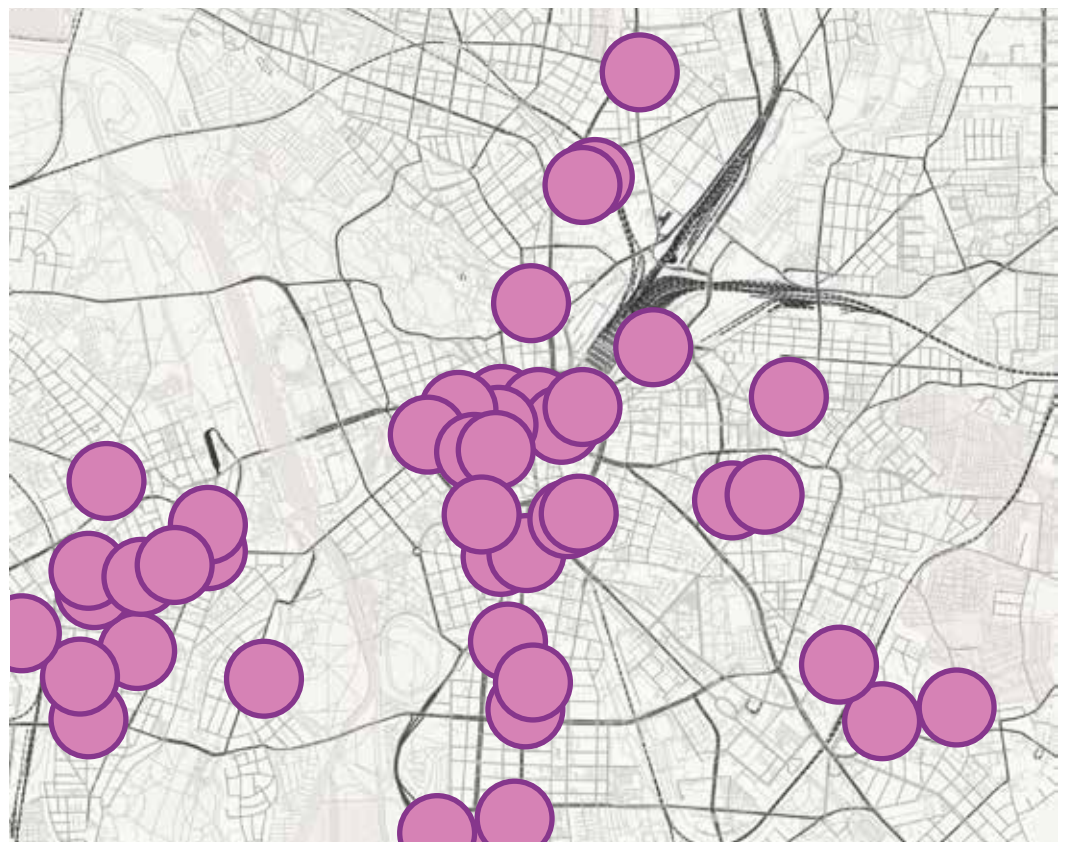
Als Linke wollen wir eine lebhafte und bezahlbare Stadt für alle. Das bedeutet, dass die Mieten nicht weiter steigen dürfen. Wer in Leipzig 2024 eine Wohnung suchte, musste über 11 Prozent mehr Geld für die Miete zahlen als 2023. Es braucht einen Mietendeckel.

Die Wohnungskonzerne sind nicht am Gemeinwohl interessiert, sondern an den Profiten und den Dividenden der Aktionärinnen und Aktionäre. Solche Konzerne sollten keine Wohnungen bewirtschaften. Ihre Wohnungen sollten vergesellschaftet werden.

Die Privatisierung öffentlicher Flächen muss gestoppt werden. Es genügt nicht, einen kleinen Teil als Sozialwohnung zu vermieten und das auch nur vorübergehend, wie es BUWOG/Vonovia tut. Wenn Flächen wie der Bayerische Bahnhof bebaut werden, dann sollte dies durch gemeinwohlorientierte Genossenschaften oder die kommunale Wohnungsbaugesellschaft geschehen. Nur so kann garantiert werden, dass dauerhaft soziale, gemeinnützige und bezahlbare Wohnungen entstehen.

Und zu guter Letzt ist eine Stadt nicht nur Wohnraum. Eine Stadt lebt und braucht Räume für Begegnungen, für Kunst und Kultur. Und auch diese sollten frei von Verwertungszwecken sein. Kultur muss zugänglich und bezahlbar sein. Kultur darf nicht verdrängt werden von den Investoren und nicht nur der Kommerz die Innenstädte füllen. Es braucht Musik-Clubs mit sozialem und künstlerischem Anspruch. Leider mussten neben der Distillery sowohl das IFZ, als auch das Mjut 2024 schließen. Immerhin die Distillery kann an neuem Ort wieder öffnen.

Das gibt Hoffnung, dass Widerstand und Beharrlichkeit sich lohnen. So kämpfen wir als Linke weiter an der Seite der Mieterinnen und Mieter und an der Seite der Kultur für Bezahlbarkeit und gegen Verdrängung. ■



Das „Livekombinat“ dokumentiert auf seiner Webseite livekombinat.de die „Lost Clubs Leipzig“ – also Clubs und Livespielstätten, die seit 1990 Verdrängung zum Opfer gefallen sind.

Wohnraum ist keine Ware

Juliane Nagel

Landtagsabgeordnete

Die Mieten haben sich in Leipzig seit 2010 verdoppelt. Die Angebotsmieten lagen im Jahr 2024 bei über 9 Euro pro Quadratmeter, 2010 waren es noch unter 5 Euro. Das ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis eines rigorosen Geschäfts mit dem Allgemeinut Wohnraum.

Die Einkommen der meisten Menschen steigen nicht im gleichen Maß wie die Mieten. Deshalb wird Wohnen immer mehr zum Armutsrisiko. Ein Fünftel der Haushalte in Leipzig ist durch Mietkosten überbelastet. Nach Abzug der Miete bleibt vielen Menschen nicht genug Geld zum Leben. Die Tendenz ist steigend – und diese Entwicklung ist im gesamten Land zu beobachten.

Als Linke sagen wir: Wohnen ist ein zentraler Teil der Daseinsvorsorge. Das Grundrecht auf Wohnen darf nicht dem Markt überlassen werden. Wir müssen dafür sorgen, dass gerade Menschen mit geringen Einkommen und kleinen Renten bezahlbar und gut wohnen können.

Ein wichtiger Hebel dafür ist der Sozialwohnungsbau. In Sachsen kommt er jedoch kaum voran. Im vergangenen Jahr wurden in Leipzig nur knapp 400 neue Sozialwohnungen geschaffen. Nötig wären jährlich über 2000 Wohnungen, damit alle Menschen, die aufgrund ihres Einkommens Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, versorgt werden können.

Deshalb braucht es eine echte Offensive beim Sozialwohnungsbau. Dafür sind mehr Fördermittel und realistische Förderbedingungen notwendig, die sowohl Angebotsmieten als auch Baukosten berücksichtigen. Der Sozialwohnungsbau muss außerdem von der Schuldenbremse ausgenommen werden, denn hier geht es um Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge.



Aktive bei der linken Mietenkonferenz 2026 in Grünau.

Geld dafür ist ausreichend vorhanden – es muss nur anders verteilt werden. Es darf nicht sein, dass reiche Milliardäre ihr Vermögen unangetastet lassen, während Seniorinnen und Senioren aus ihren Wohnungen verdrängt werden oder eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern keine bezahlbare Wohnung findet.

»Das Grundrecht auf Wohnen darf nicht dem Markt überlassen werden.«

Damit Sozialwohnungen nicht nach wenigen Jahren wieder verloren gehen, müssen die Bindungsdauern deutlich verlängert werden. Bisher fallen staatlich geförderte Wohnungen nach 15 bis 20 Jahren aus der Sozialbindung und unterliegen dann den üblichen Marktregeln. Fördermittel für den Sozialwohnungsbau dürfen deshalb nicht länger dazu dienen, eine nur zeitlich begrenzte soziale Zwischennutzung für private Investoren zu finanzieren.

Wir setzen uns für Sozialwohnungen ohne zeitliche Begrenzung ein, die sich in öffentlicher oder gemeinwohlorientierter Hand befinden. Also in der Hand von Wohnungsun-

ternehmen, die von den Menschen mitgestaltet und demokratisch kontrolliert werden können.

Außerdem fordern wir, dass die Umwandlung von Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen ausgeschlossen wird. In vielen Fällen führt die Umwandlung zur Kündigung langjähriger Mieterinnen und Mieter. Sie verlieren nicht nur ihre Wohnung, sondern auch ihr soziales Umfeld. Wege zur Kita oder zur Schule werden plötzlich unzumutbar lang.

Vor allem die CDU blockiert dringend notwendige Investitionen in bezahlbaren Wohnraum sowie Instrumente zum Schutz von Mieterinnen und Mietern. Die Linke kämpft auf allen Ebenen – im Parlament und in der Gesellschaft – für grundlegende Reformen der Wohnungspolitik. Niemand darf aus seiner Wohnung verdrängt werden oder einen Großteil des Einkommens für die Miete ausgeben müssen.

Dabei richten wir unseren Blick besonders auf Menschen, die es auf dem Wohnungsmarkt schwer haben: junge Menschen, Senior*innen mit kleinen Renten und Menschen mit niedrigem Einkommen. Wir kämpfen dafür, dass Wohnen als Grundrecht anerkannt wird und Wohnraum nicht länger dem Prinzip der Profitmaximierung unterliegt. ■

Paulin Kohmann, Tom Knappstein und George Rainov

Reudnitz, Herbst 2025. Ein volles Restaurant, 50 Leute, es ist eng. Rentnerinnen, junge Eltern mit Kindern, Leute ohne besondere Nähe zur Linken. Es geht um ihre Heizkostenabrechnung und um die Frage, ob Vonovia ihnen Geld schuldet.

So begann unsere Mietenkampagne. Für Tausende Vonovia-Mieter*innen in Leipzig ohne Wärmemengenzähler werden die Heizkosten nur pauschal geschätzt. Den dafür gesetzlich gesicherten Abzug von 15 % hat Vonovia nicht berücksichtigt. Damit fehlen den Betroffenen oft dreistellige Beträge.

Beim ersten Heizkostencheck bei Vonovia haben wir das in über 70 Häusern in Reudnitz aufgedeckt. Denselben Fehler entdeckten wir in Blöcken der Vonovia in Marienbrunn, Lindenau, Sellerhausen, und Zentrum-Ost. In Haustürgesprächen haben wir die Leute informiert und zu Mieterversammlungen eingeladen.

Wenn Nachbarn sich zusammentun

Und es tat sich einiges. Die Entwürfe der Widerspruchserklärungen haben meist alle unterschrieben. Freiwillige waren bereit, Haustürgespräche zu führen. In Reudnitz erklärte ein Wähler der AfD, dass er jetzt mit einem Linke-Klemmbrett bei Nachbarn klingeln will: „Weil das richtig ist.“

In Leipzig West hatten Mieter*innen mit eigenem Flyer eine Versammlung beworben, und den Raum organisiert. Am Ende stand ein Sammelwiderspruch, der danach um weitere Unterschriften wuchs.

In Sellerhausen bildete sich eine Schlange. 25 Mieter*innen kamen, jung und alt, mit und ohne Migrationshintergrund. Eine Rechtsanwältin beantwortete Fragen, eine Mieterin berichtete, dass sie bereits Geld von Vonovia zurückbekommen hat. Am Ende wollten fast alle den Sammelwiderspruch zu ihren Nachbarn tragen. Bei Kuchen und Getränken saßen und redeten sie noch lange weiter. vSie alle merken, dass sie mit ihrem Problem nicht alleine sind und es sich lohnt, sich gemeinsam zu wehren.

Das eigentliche Problem: Überhöhte Mieten in Leipzig

Der fehlende Wärmemengenzähler ist der Anfang. Das Problem reicht viel tiefer. Nirgendwo in Deutschland steigen die Mieten so rasant wie in Leipzig. Zwischen 2015 und

Die **Mieten** müssen fallen, die Stadt gehört uns allen

Wie wir in Leipzig den Kampf ums Wohnen führen

2024 haben sich die Angebotsmieten nahezu verdoppelt. Die Marke von 10 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter ist Geschichte, bei Neuvermietungen liegt sie über 12 Euro, bisweilen werden 17 Euro verlangt.

Ein großer Teil dieser Mieten ist wahrscheinlich illegal. Übersteigen sie die ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als 20 %, handelt es sich um eine Mietpreisüberhöhung. Die ist ordnungswidrig. Bei 50 % über dem Vergleichswert ist es Mietwucher und damit eine Straftat. Über die Mietwucher-App der Linken im Bundestag haben mehr als 15.000 Leipziger Haushalte ihre Miete geprüft. In 2 von 3 Fällen war sie ordnungswidrig. In fast 2.000 Fällen lag der Verdacht der Straftat vor.

Die erschreckenden Zahlen überraschen kaum, denn Leipzig ist in den letzten Jahren zum Eldorado für Immobilieninvestoren geworden. Der Leerstand ist weg, der Markt leer gefegt, das Angebot hat sich halbiert. Wer sich Plagwitz oder die Südvorstadt nicht mehr leisten kann, zieht nach Grünau. Der Mieterverein hat im Februar 2027 einen Aufnahmestopp verhängt, weil er bei dem Ansturm nicht mehr hinterherkommt.

Eine Sachbearbeiterin für Hunderte Fälle

Die beim Leipziger Sozialamt bisher rund 500 Meldungen zu Mietpreisüberhöhungen und die direkt über die Mietwucher-App der Linken gemeldeten 1.100 Fälle werden durch eine Sachbearbeiterin im Sachgebiet Wohnraumversorgung bearbeitet. Bis Anfang 2025 wurde kein einziges Bußgeldverfahren eingeleitet. Keine einzige Abgabe an die Staatsanwaltschaft. Die Fälle stapeln sich, die Betroffenen warten.

Und die Meldungen sind nur die Spitze des Eisbergs. Fast 10.000 Leipziger Haushalte hatten über die Mietwucher-App erfahren, dass sie Chancen hätten, ihre Miete absenken zu lassen. Nur ein Bruchteil meldet sich

dann tatsächlich bei der Stadt. Viele haben Angst vor der Auseinandersetzung mit ihrem Vermieter. Wer bei einem Konzern wie Vonovia zur Miete wohnt und sich beschwert, fürchtet Konsequenzen. Bei privaten Vermietern droht die „Eigenbedarfskündigung“.

Leipzigs Partnerstadt Frankfurt am Main führt im Amt für Wohnungswesen 22 Stellen für dieses Thema. Zwischen 2020 und 2022 hat Frankfurt fast 1.400 Verfahren gegen überhöhte Mieten geführt und Bußgelder in Höhe von 321.000 Euro verhängt. Der Prozess ist aufwendig: Mitarbeiter*innen gehen raus, messen aus, berechnen die korrekte Miete und versuchen, die Absenkung durchzusetzen, oft gegen Widerstände des Vermieters.

Zwar hat der Leipziger Stadtrat auf Druck der Linken ein Verfahren zur Ahndung von Mietpreisüberhöhung beschlossen, aber was nützt ein Online-Formular, wenn die Meldungen nicht verfolgt werden?

Vernetzung: Unsere Mietenkonzferenz

Die letzten Monate haben gezeigt: Wir können uns organisieren, Widerspruch einlegen, Geld zurückholen und Nachbar*innen zum Mitmachen gewinnen. Die Heizkostenaktion war der Anfang. Jetzt geht es um mehr.

Am 18. April fand eine Mietenkonzferenz in Leipzig statt, von 11 bis 16 Uhr in der Völkerfreundschaft in Grünau. Wir haben uns als Mieter*innen vernetzt und die nächste Phase der Kampagne gestartet. Wir erhöhen nun den Druck auf die Stadt. Sie kann das Thema überhöhte Mieten nicht länger aussetzen. Leipzig braucht Personal und eine Verwaltung, die Mietpreisüberhöhungen verfolgt und Vermieter zur Rechenschaft zieht. Die Konferenz war Austausch, Planung, Krafttanken. ■

➔ mietdetektive.de

Leipziger Wohnungsmarkt unter Druck



ben sich nahe der Inflation bewegt und lagen im Jahr 2025 bei durchschnittlich 7,50 € nettokalt. Da sich auch die Nebenkosten erhöht haben, sind vor allem Haushalte mit niedrigen Einkommen mit hohen Mietkosten belastet. Das hat sich aber bislang nicht in einer höheren durchschnittlichen Mietkostenbelastung manifestiert, denn die Einkommen sind in den letzten Jahren auch gestiegen.

Neue Wohnungen werden zunächst meist an Kapitalanleger oder Investoren verkauft und anschließend vermietet, die Wohneigentumsquote hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Gentrifizierung ist in Leipzig ein reales Problem. Laut einer neuen Studie der Berliner Humboldt-Universität waren in den letzten Jahren knapp ein Viertel (23%) der Wegzüge aus innerstädtischen Gründerzeitvierteln wie dem Leipziger Osten und Westen sowie der Südvorstadt Verdrängungsfälle.

Was ist in Leipzig in den vergangenen Jahren falsch gelaufen und wie kann das Versprechen, dass die Stadt allen gehört, real werden?

Durch die Zuwanderung hat Leipzig seit Jahren eine anhaltend hohe Wohnungsnachfrage, mit der auch in Zukunft zu rechnen ist. Die Kriege und Krisen haben zu deutlichen Preissteigerungen beim Neubau und bei der Sanierung geführt, im Verkauf werden hier mittlerweile über 6.000 €/m² aufgerufen. Schließlich hat die Spekulation die Baulandpreise in die Höhe getrieben. Sie sind über die letzten zehn Jahre um ein Mehrfaches gestiegen. Gegen diese Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt kommt eine Stadt wie Leipzig kaum an, obwohl sie vieles richtig gemacht und die verfügbaren Instrumente eingesetzt hat.

Welche kommunalen Stellschrauben gibt es und wie müssen sie gedreht werden, um realpolitischen Einfluss auf Wohnungsmarkt und Mietenentwicklung zu nehmen?

In Leipzig werden schon praktisch alle ver-

fügbaren wohnungspolitischen Instrumente eingesetzt, wie etwa die Mietpreisbremse, der soziale Wohnungsbau oder die Erhaltungsgebiete. Das alles hat aber weder den Preisauftrieb verhindert, noch die Knappheit bei bezahlbarem Wohnraum beseitigt. Mit den vorhandenen Instrumenten und den verfügbaren (finanziellen) Mitteln ist die Wohnungsfrage in Leipzig nicht zu lösen. Dazu müssten der soziale Wohnungsbau substanziell ausgeweitet werden, die Spekulation bei Bauland deutlich begrenzt werden und der Mietpreisanstieg wirksam begrenzt werden, etwa auch durch einen Mietendeckel.

Das alles liegt jedoch nicht in der Hand der Kommune, hier müssten der Bund und der Freistaat Sachsen aktiv werden. Eine wirksame Spekulationssteuer beim Bauland und der Mietendeckel ließen sich durch den Bund einfach gesetzlich regeln, das würde die öffentliche Hand nicht mal Geld kosten.

Im letzten Jahr waren nach Anfragen der Fraktion Die Linke 1.089 Wohnungen im angemessenen Segment verfügbar (Kosten der Unterkunft, KdU). Dem gegenüber standen 4.700 Haushalte, die weniger KdU vom Jobcenter oder Sozialamt erhalten, als sie an Wohnkosten bezahlen müssen. Wie kommen wir schnell zu wesentlich mehr bezahlbarem Wohnraum in unserer Stadt?

Bezahlbarer Wohnraum ist derzeit nur durch umfangreiche öffentliche Förderung im sozialen Wohnungsbau zu schaffen. Dort müssten viel mehr Mittel und Personal bereitgestellt werden. Ansonsten verfügt die Stadt nur über ihre kommunale Wohnungsgesellschaft, die dazu verpflichtet werden kann, KdU-gerechte Wohnungen bereitzustellen. ■

Prof. Dr. Dieter Rink ist Experte in den Bereichen Stadtentwicklung und Wohnen. Er forscht am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung und ist Honorarprofessor an der Uni Leipzig.

*In Leipzig stehen viele Mieter*innen unter Druck. Eigenbedarfskündigungen nehmen zu, neue Wohnungen entstehen oft als Wohneigentum. Neuvertragsmieten steigen überdurchschnittlich. Mieter*innen fallen Verdrängungsprozessen zum Opfer.*

Herr Prof. Dr. Rink, Sie beschäftigen sich seit geraumer Zeit mit den Wohnverhältnissen in Leipzig. Trifft dieser telegrammartige Befund für Leipzig zu und wem gehört die Stadt nun wirklich?

Der Befund trifft im Großen und Ganzen zu. Die Mieten im Neubau sind in den letzten Jahren stark gestiegen und lagen im Jahr 2025 bei durchschnittlich 14 € nettokalt. Auch die Angebotsmieten haben sich dynamisch entwickelt und waren im Jahr 2025 bei etwa 10 € nettokalt. Die Bestandsmieten haben sich allerdings weniger verteuert, sie ha-



Sozialberatung

- **Im Leipziger Westen:** Di., 17:00 Uhr, INTERIM (Demmeringstr. 32)
- **Im Leipziger Süden:** Do., 16:00 Uhr, linXXnet (Brandstr. 15)
- **In Leipzig-Mitte:** jeden Do., 16 bis 18Uhr, Klinke (Volckmarstr. 5)
- **In Leipzig-Nordost:** jeden 1. und 3. Do., 17:00 Uhr, STANNI11 (Stannebeinplatz 11)
- **In Leipzig-Grünau:** jeder 2. Do. im Monat, 18:30 Uhr, WKB Grünau (Stuttgarter Allee 18)

Mietberatung

- **Mietsprechstunde im Süden:** jeden 3. Di., 19:00 Uhr, Brandstr. 15
- **Mietsprechstunde im Südwesten:** jeden 3. Fr. im Monat, 18 bis 20 Uhr, Pörstener Str. 9

Daneben bietet Die Linke einen Rechner an, um die Miete auf Mietwucher zu überprüfen: www.mietwucher.app

Die Linke prüft kostenlos die Heizkosten: www.die-linke.de/heizkostencheck

Küche für alle

- **Alt-West:** Mo., 18 Uhr, Linden. Markt
- **Nord:** 3. Di., 18 Uhr, Georg-Schumann-Straße (Gohlis-Arkaden)
- **Mitte:** Mi. in ungeraden Wochen, 18 Uhr, Bayerischer Bahnhof
- **Süd:** letzter Do., 18 Uhr, Johannes-R.-Becher-Straße
- **Südost:** Fr., 16:30 Uhr, Dresdner Str. 78
- **Nordost:** 1. Fr., 18 Uhr, Stannebeinpl.
- **Südwest:** 3. Fr., 18 Uhr, Pörstener Str. 9
- **West:** letzter Sa., 18 Uhr, Stuttgarter Allee 32

Gewinne, Gewinne!

Senden Sie uns das Lösungswort des Kreuzworträtsels bis zum **31. Juli 2026** per E-Mail an le.konkret@dielinke-leipzig.de oder postalisch an Die Linke Leipzig (Postanschrift siehe Impressum) und gewinnen Sie attraktive Buchpreise.

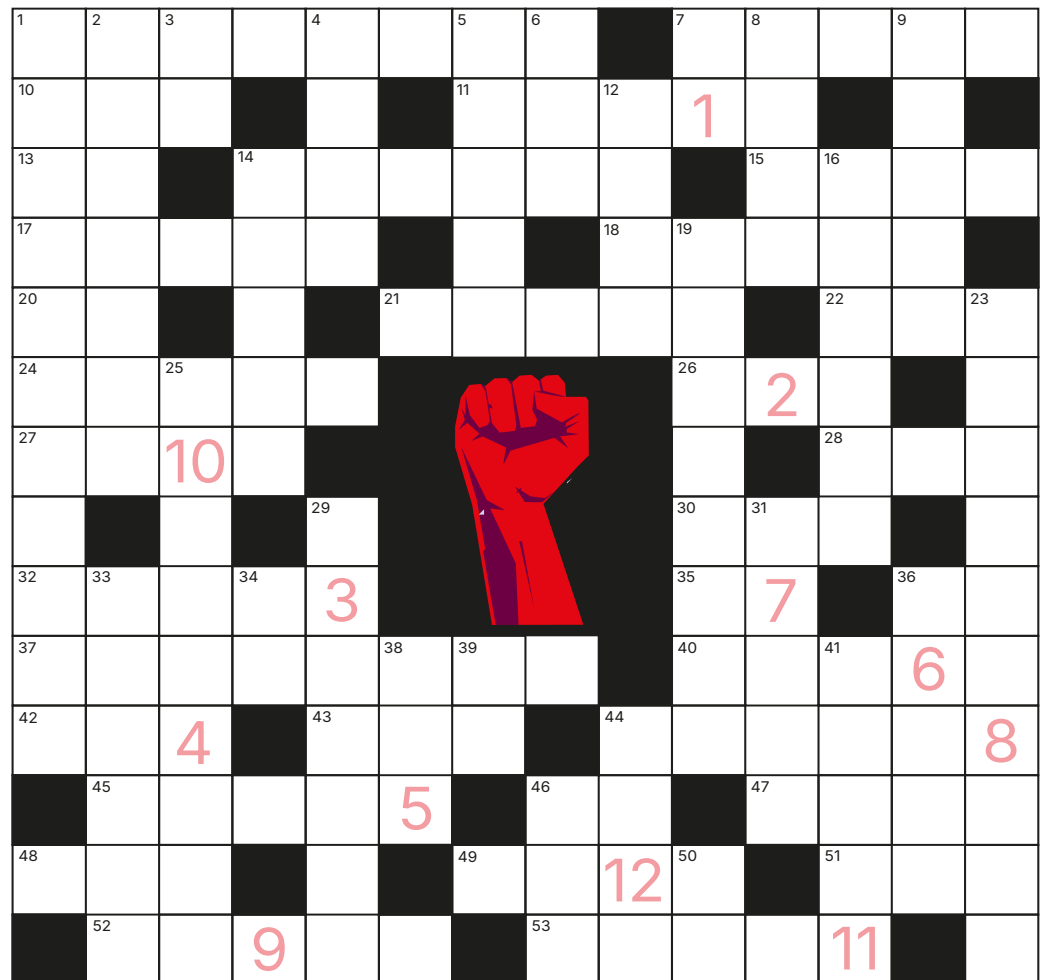
Waagrecht

1. demokratisch-sozialistische Partei in Deutschland; 7. deutscher Politiker; erster Reichspräsident (1871-1925); 10. Gürtel zum Kimono oder Keikogi; 11. Ort und See in Finnland (Bezirk Lappland); 13. chemisches Symbol für Selen; 14. heiliges Gebäude der Götterverehrung und Meditation; 15. Künstlerentgelt; 17. Geburtsstadt von Karl Marx; 18. Fluss im europäischen Teil Russlands; 20. medizinische Kurzbezeichnung für die Glasknochenkrankheit; 22. deutsch-österreichischer Librettist und Komponist (1823-1895); 12. Kurz für eine unheilbare Erkrankung des Nervensystems; 24. Staat im Süden der Arabischen Halbinsel; 26. französische Verneinung; 27. Stammvertreter eines Riesenvolkes (kanaan); 28: englisch: Asche ; 30: kurz für die Internationale Raumstation (kanaan); 32: Organisierte politische Gemeinschaft; 35: chemisches Symbol für Calcium; 36: japanischer Schriftsteller, Nobelpreisträger (1935-2023); 37: Tauchvogel und Fischräuber; 40: georgisches Gericht, Teigtaschen; 41: Inseleuropäer; 43: russisch: Frieden; 44: kleinlicher: spießiger Mensch; 45: Kleinstadt im Westen Irlands; 46: Fluss in Italien; 47: männlicher persisch-türkischer Vorname; 48: ein arktischer Meeresvogel; 49: zentrale Figur aus Schillers „Don Karlos“; 51: griechische Göttin des Unheils und der Verblendung; 52: Gemeinde auf der Insel Rügen; 53: Österreichischer Schriftsteller und Lyriker (1802-1850)

Senkrecht

1. russischer Schriftsteller (1821-1881); 2. antiker Name der spanisch-portugiesischen Halbinsel; 3. Tierprodukt; 4. Schabeisen der Kammacher; 5. Leipziger Straßenmagazin; 6. Fluss in Peru; 7. männliches Pronomen; 8. fester italienischer Vorteig für Pizza und Brote; 9. Bord, Gestell, Wandbrett; 12. bewirtschaftete Bergweide im Sommer; 14. Fluss in Kaukasus; 16. tropische Obstpflanze; 19. linke Kandidatin für die Leipziger OB-Wahl; 23. deutsch-französischer Arzt, Philosoph, Organist und Pazifist (1875-1965); 25. sowjetischer Pädagoge und Schriftsteller (1888-1929); 29. Wahrzeichen von Brüssel; 31. indische „Bananenstadt“, Bundesstadt Maharashtra; 33. schwedischer Geologe, Zoologe und Polarforscher (1828-1900); 34. Präposition aus „an“ und „dem“; 36. geistliche Amtstracht; 38. deutsche Malerin (1871-1946); 39. ein Flächenmaß im metrischen System; 41. Stadt in der Schweiz; 44. künstliche Haltung, gezielte Stellung; 46. Endpunkt einer geographischen Achse; 50. vielseitige deutsche Präposition

Kreuzworträtsel



Herausgeberin:

Die Linke Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

Tel:

Web:

E-Mail:

facebook:

twitter:

instagram:

(0341) 1406 4411

dielinke-leipzig.de

le.konkret@dielinke-leipzig.de

facebook.com/dielinke.leipzig/

twitter.com/DIELINKELeipzig

instagram.com/die_linke_leipzig

V.i.S.d.P.:

Gestaltung:

Fotos:

Spenden:

Kay Kamieth

William Rambow

Freepik, Agentur Junggold, William Rambow, Terraink / OpenStreetMap, Livekombinat, Oliver Gebhardt, Dieter Rink

DE11 8605 5592 1175 5039 20



Solidarität trotz Sparzwang



Sören Pellmann
Vorsitzender Finanzausschuss

Paris, Lissabon, New York, Madrid und Stuttgart haben ihn schon seit Langem, Leipzig hat ihn erst vor wenigen Jahren zumindest zu einem großen Stück bekommen. Besser gesagt: Die Bürger*innen wurden erstmals an der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2023/2024 „beteiligt“.

Über fast zwei Jahrzehnte hatte sich die Fraktion der PDS bzw. Die Linke im Leipziger Stadtrat für die Einführung und Umsetzung eines Bürgerhaushaltes eingesetzt. Den ersten Antrag dazu hatte die damalige PDS-Fraktion im Jahr 2003 gestellt. Sechzehn Jahre später – am 15. Mai 2019 – gelang es

auf Antrag der Fraktion Die Linke endlich, eine Mehrheit für den Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Bürgerhaushaltes analog dem Stuttgarter Modell in der Ratsversammlung zu finden.

»Direkte **Bürgerbeteiligung** durch einen Bürgerhaushalt darf aber **nicht nur formal stattfinden.**«

Dazu beschloss der Stadtrat im zweiten Schritt im Februar 2021 die Einführung der zehn Stadtbezirksbudgets mit insgesamt 500.000 EUR pro Jahr. Nun stand der dritte und vorerst letzte Schritt am 14. April 2022

zur Abstimmung, der unter anderem das Verfahren, die Bedingungen und die zeitlichen Komponenten für den Bürgerhaushalt auf den Weg brachte.

Was macht den Leipziger Bürgerhaushalt aus? Er nimmt die Stuttgarter Komponente auf (bspw. Fraktionen, Stadträte nehmen einen Teil der votierten Bürgervorschläge auf und suchen Mehrheiten für die Umsetzung im Haushalt) und fügt den Leipziger Akzent – ein Stück Richtung direkterer Demokratie – hinzu. So finden – wie von uns gefordert – die TOP 10 der Bürgervorschläge den Weg direkt in den Haushaltsplanentwurf. Klar, es gibt nicht nur am Verfahren einiges zu kritisieren, die „Mitsprache“ der Bürger*innen ist weiterhin begrenzt. **Weiter auf S. 2**

Leipzig: eine Stadt für alle?



Franziska Riekewald
Fraktionsvorsitzende

Über die Problemlagen bei der Haushaltsaufstellung und zum Bürgerhaushalt hat Sören Pellmann, unser Sprecher für Finanzpolitik, schon geschrieben. Die enge Haushaltssituation plant die Verwaltung vor allem mit dem Zurückfahren der Investitionen zu beantworten. Einem Haushaltsdefizit von 550 Mio. Euro stehen hohe Investitionsbedarfe gegenüber. Schulen, Kitas, Sporthallen, Straßen, Brücken, Straßenbahnen und Gleise – Geld für umfassende Instandsetzungen und Neubau ist dringend erforderlich. Von den gigantischen Beträgen der Wärmewende ganz abgesehen. Erforderlich wäre auch künftig ein Investitionsvolumen der Stadt von jährlich ca. 400 bis 500 Mio. Euro, aber schon jetzt lasten 1,5 Mrd. Euro Kreditverbindlichkeiten auf der Stadt.

Wie kommt das zustande? Leipzig erfüllt im Auftrag von Bund und Land Aufgaben im Umfang von mehr als 1 Mrd. Euro pro Jahr,

die nicht gegenfinanziert sind. Wir bauen und sanieren zum Beispiel Kitas und Schulen derzeit fast ohne Fördermittel – obwohl das eine Pflichtaufgabe ist, die uns vom Land übertragen wurde. Natürlich könnten wir auch aufhören, Schulen zu bauen. Das kann aber weder im Sinne des Landes noch der Bürgerinnen und Bürger sein. Allein im Sozialbereich (Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII, Grundversorgung für Arbeitsuchende nach SGB II, Eingliederungshilfe nach SGB IX sowie Bildungs- und Teilhabeleistungen für Empfänger von Wohngeld und Bundeskindergeld) sind im Jahr 2025 ungedeckte Mehrkosten in Höhe von ca. 390 Mio. Euro aufgelaufen, die Bund und Land nicht mitfinanzieren.

Für die Haushaltsaufstellung 2027/2028 wird Leipzig vor demselben Problem stehen. Es ist ein strukturelles Finanzproblem. Der Bund stellt zwar über 12 Jahre insgesamt 500 Mrd. Euro für Infrastrukturinvestitionen bereit. Aber in Leipzig werden davon nur ca. 36 Mio. Euro pro Jahr ankommen, da der Freistaat

weniger Mittel als beim Bund vereinbart an die Kommunen weitergibt. Das Land Sachsen will keine Kredite aufnehmen, während wir uns als Kommune weiter hoch verschulden sollen. Schon in den 90er Jahren wurde Leipzig kaputtgespart. Eine Wiederholung gilt es mit allen Mitteln zu verhindern.

Bund und Land haben die Pflicht, die Kommunen ordentlich finanziell auszustatten. In Deutschland gibt es genug Geld, aber hier vor Ort kommt das nötige Geld nicht an. Noch immer fehlt eine gerechte Steuerreform (Vermögensteuer, Erbschaftsteuer etc.), welche wir als Linke seit Jahren fordern. Es braucht bei den Regierungsparteien endlich ein Umdenken. Es bleibt dabei: Die Linke wird sehr kritisch darauf achten, dass bei den Investitionen in unsere kommunalen Infrastrukturen in Schulen, Kitas, Straßen und Brücken nicht die Axt angesetzt wird. Denn eins ist ganz klar: Der Abbau des Sozialstaates löst kein Problem, aber er schwächt das Vertrauen in die Demokratie und stärkt die rechten Kräfte. ■

Fortsetzung von S. 1 Angesichts der desaströsen Haushaltslage der Stadt Leipzig in den Jahren 2025/2026 sowie mit Blick auf die Haushaltsaufstellung 2027/2028 wollte die Verwaltung den Bürgerhaushalt nun aussetzen. Ja, in einer solchen Situation ist ein Bürgerhaushalt kaum zu vermitteln. Bürger*innen können zwischen pflichtigen Aufgaben, die auf gesetzlicher Grundlage erfüllt werden müssen, und freiwilligen Aufgaben selten unterscheiden. Welche Bürger*in soll zunächst prüfen können, ob ihr Vorschlag vor dem Hintergrund der Haushaltslage und der Vorgaben der Landesdirektion als Beschluss rechtlich zulässig wäre? Erst recht kann niemand verstehen, dass votierte und unter die Top 10 gesetzte Vorschläge aus der Bürgerschaft am Ende wegen des rechtlichen Rahmens der Haushaltssicherung wieder kassiert werden müssten. Die allermeisten Vorschläge im Rahmen der Bürgerhaushalte betrafen Maßnahmen der freiwilligen Aufgaben. Direkte Bürgerbeteiligung durch einen Bürgerhaushalt darf aber nicht

nur formal stattfinden, sie muss auch substantiell Änderungen bei der Haushaltsaufstellung ermöglichen. In Zeiten verpflichtender Haushaltssicherung kann dies der Bürgerhaushalt nicht garantieren. Er würde zur Farce.

Zugleich fehlte dem Vorschlag der Verwaltung der Ausblick auf die kommenden Jahre mit einem klaren Bekenntnis zu diesem Mittel direkter Bürgerbeteiligung bei der Haushaltsaufstellung. Deshalb hat die Fraktion Die Linke im Stadtrat mit einem Änderungsantrag durchgesetzt, dass zwar für den Doppelhaushalt 2027/2028 kein Bürgerhaushaltsverfahren stattfindet, aber für die darauffolgenden Haushaltsaufstellungen und langfristig auch für die Zukunft dieses wichtige Instrument breiter Öffentlichkeitsbeteiligung Bestand hat und wieder aktive Anwendung finden wird. Aktuell muss das Verfahren zwar ausgesetzt werden, generell darf es aber nicht in Frage stehen. Das bleibt unsere feste Überzeugung. ■



»Bauturbo«

öffnet Stadttore für Profitmache



Dr. Elisa Gerbsch
Sprecherin für Wohnen

In der Ratsversammlung am 25. Februar hat sich die Mehrheit des Stadtrates für den sogenannten „Bauturbo“ in Leipzig ausgesprochen. Mit der Gesetzesnovelle der Bundesregierung wird jedoch nicht – wie der Begriff fälschlicherweise verspricht – das Bauen beschleunigt. Vielmehr sollen Baugenehmigungsverfahren in Zukunft schneller vorstattengehen. Für uns als Linke nicht nachvollziehbar, denn seit Jahren werden mehr Baugenehmigungen erteilt, als tatsächlich gebaut wird – Tendenz steigend. Allerdings sind Grundstücke mit Baugenehmigungen lukrativer auf dem Immobilienmarkt. Das Gesetz ist somit ein Spekulationsturbo. In einem Änderungsantrag unserer Fraktion forderten wir deswegen die „aktive Nichtanwendung“ des Gesetzes. Dieser fand allerdings keine Zustimmung und die Leipziger Stadttore wurden somit für Profitmache weit geöffnet.

Was allerdings noch viel schwerer wiegt: Die Verwaltung hat sich in ihrer Vorlage bewusst hinter bereits gefasste Beschlüsse fallen lassen: So hatte der Stadtrat mit einer rot-rot-grünen Mehrheit 2024 mit dem Wohnungspolitischen Konzept (WoPoKo) festgelegt, dass 50 Prozent Sozialer Wohnungsbau ab

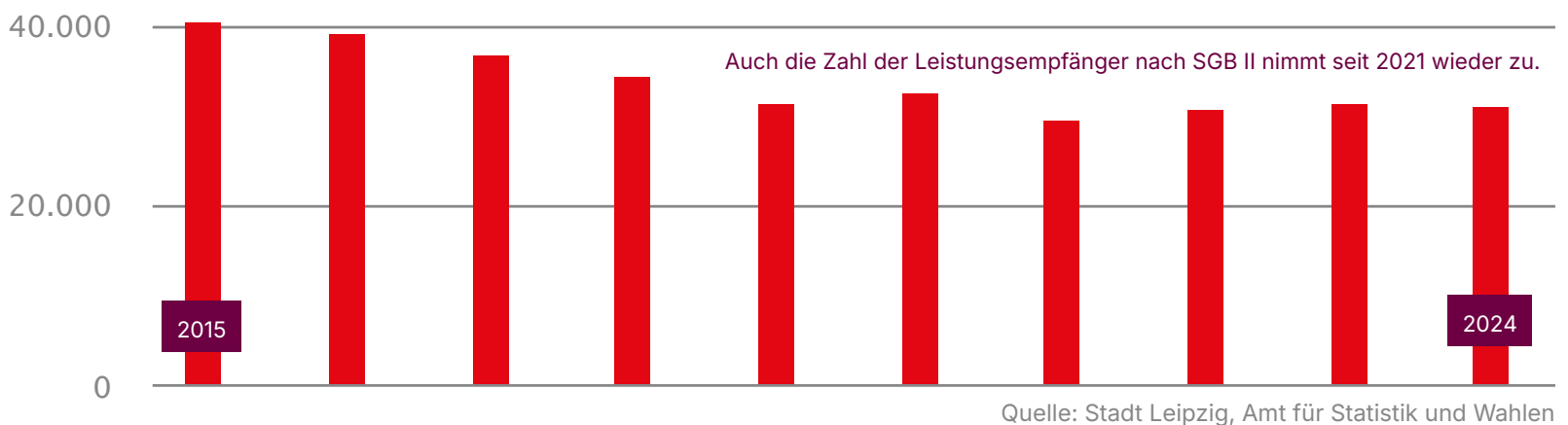
einer Bruttogeschossfläche von 2000m² realisiert werden. Unserem Antrag, diesen Beschluss nach wie vor einzuhalten, stimmten lediglich die Fraktionen der Grünen und der SPD zu. Bis auf die Fraktion Die Linke folgte die Stadtratsmehrheit schließlich dem Vorschlag der Verwaltung, sodass künftig lediglich 30 Prozent ab einer Bruttogeschossfläche von 5000m² verpflichtend sind.

Die Debatte macht deutlich, dass für die Parteien abseits der Linken nicht mehr die Interessen der Mieter*innen, sondern die der Investor*innen im Vordergrund stehen. Uns zeigt sich hier eine deutliche Abkehr von einer sozialen Verantwortung in der Wohnungspolitik. In Leipzig dürfte es somit immer schwerer werden, eine bezahlbare Wohnung zu finden, wenn das Grundbedürfnis Wohnen in Leipzig zunehmend als Ware gehandelt wird. ■



Armut

in Leipzig **wächst wieder**



Dr. Volker Külow Sprecher für Soziales

Um das Jahr 2010 galt Leipzig mit einer offiziellen Armutsquote von 27 Prozent als bundesdeutsche Armutshauptstadt. 15 Jahre später haben uns einige Ruhrgebietsstädte in diesem traurigen Ranking überholt – die Zahlen aber sind nicht viel besser geworden. Der (erst) Anfang 2026 erschienene Sozialreport 2025 stellte für das Jahr 2024 eine Armutsgefährdungsquote in Leipzig von knapp 20 Prozent fest. Noch bedrückender sind die Zahlen der Stadtverwaltung auf meine jüngste Anfrage „Armutsschwelle und Armutslücke in Leipzig“: Die Armutsgefährdungsquote lag auf der Basis des Bundesmedian (laut dem die Armutsschwelle bei 1.381 Euro liegt) im letzten Jahr sogar bei 26 Prozent. Die Armutslücke und damit die Tiefe der Armut beträgt dabei 29 Prozent; sie bezeichnet das durchschnittliche Ausmaß, um das das Einkommen armer Haushalte unterhalb der offiziellen Armutsschwelle liegt.

Die damit verbundene Not – insbesondere unter Bürgergeldbeziehenden – ist erschreckend: Fast jeder Fünfte hat kein zweites Paar Schuhe. Jeder Dritte kann sich an jedem zweiten Tag keine vollwertige Mahlzeit leisten.

leisten. Mehr als die Hälfte kann kaputte Möbel nicht ersetzen – das alles geschieht trotz Tafeln und Sozialkaufhäusern. Und der Merz-Regierung fällt nichts anderes ein, als unter dem Slogan „neue Grundsicherung“ noch stärkere Sanktionen für Leistungsberichtigte einzuführen.

»Jeder Dritte kann sich an jedem zweiten Tag keine vollwertige Mahlzeit leisten.«

Die vorliegenden Zahlen spiegeln einen erschreckenden Befund für tiefer liegende ökonomische Ursachen der zunehmenden Spaltung der Leipziger (Stadt)Gesellschaft wider. Auch räumlich zeigt sich in Leipzig diese zunehmende soziale Polarisierung. 16 Ortsteile weisen mehr als zehn Prozent Sozialleistungsbeziehende auf, vier davon sogar mehr als 20 Prozent: Volkmarisdorf, Grünau-Mitte, Grünau-Nord und Paunsdorf.

Für die Linksfraktion im Leipziger Stadtrat wird die Armutsbekämpfung deshalb auch künftig auf allen politischen Ebenen ein Eckpfeiler ihres politischen Handelns sein. Das ist auch notwendig, denn der Sozialstaat –

gesichert durch die Artikel 1 und 20 im Grundgesetz mit sogenannter Ewigkeitsgarantie – gerät immer mehr unter Druck, als angeblich zu teuer, ineffizient und missbrauchsanfällig. Mit diesem sozialpolitischen Kurs – der durch die Herstellung von „Kriegstüchtigkeit“ noch beschleunigt wird – düngt die schwarz-rosa Bundesregierung allerdings fruchtbar den Boden für den weiteren Aufstieg des Rechtsextremismus. ■



Wichtige Begriffe **kurz erklärt**

Materielle Entbehrung

Menschen haben so wenig Geld, dass sie sich wichtige Dinge für den Alltag nicht leisten können.

Wichtige Fakten dazu:

- **50 Prozent** der Bürgergeld-beziehenden lebten z. B. in 2024 **in materieller Entbehrung**
- Im Vergleich dazu betrifft dieser Zustand der Armut nur **8,9 Prozent der Menschen, die kein Bürgergeld** beziehen

Beispiele materieller Entbehrung bei Bürgergeldbeziehenden:

- 1 von 5 hat kein zweites Paar Schuhe
- 1 von 3 kann sich jeden zweiten Tag keine vollwertige Mahlzeit leisten
- Über die Hälfte kann kaputte Möbel nicht ersetzen



Wachsende Armutslücke und Armutsschwelle

Die Armutslücke zeigt, wie viel Geld Menschen im Bürgergeldbezug fehlt, um die offizielle Armutsschwelle zu erreichen. Diese Grenze liegt bei 60 Prozent des mittleren Einkommens in Deutschland.

Wichtige Fakten dazu:

- **Armutsschwelle** 2023 (alleinlebend) bei 1.381€ pro Monat
- Vergößerung der Lücke zwischen Bürgergeld und der Armutsgrenze ist an **folgendem Vergleich** zu sehen:
 - ▶ **2010:** lag der Betrag des Bürgergelds im Durchschnitt 308 Euro pro Monat unter der Armutsgrenze
 - ▶ **2023:** dann durchschnittlich 474 Euro pro Monat unter der Armutsgrenze
- Damit entspricht das Bürgergeld nur etwa 40 Prozent des mittleren Einkommens: nötig wären mindestens 60 Prozent

Nullrunden in 2025 und 2026

„Nullrunde“ bedeutet, das Bürgergeld wird nicht erhöht, der Betrag bleibt gleich wie in 2024. Trotz teils steigender Preise für z. B. Lebensmittel und Wohnraum sowie der bestehenden Armutslücke. Diese ist zudem dem Risiko ausgesetzt, weiter zu steigen.

Wichtige Fakten dazu:

- der Regelsatz für alleinstehende Grundsicherungsbezieher in 2025 und 2026 bei 563 Euro **eingefroren**



Quelle der Zahlen: Paritätischer Gesamtverband, Studie: „Bürgergeld im Realitätstest: Materielle Entbehrung und wachsende Armutslücke“

Im Dezember 2025 stimmte der Leipziger Stadtrat (im Hintergrund) über einen Antrag der Fraktion Die Linke ab, der Verbesserungen bei den sogenannten Kosten der Unterkunft forderte (siehe auch S. 6). Der Antrag wurde größtenteils abgelehnt. Dennoch setzt sich die Stadt nun bei der Bundes- und Landesregierung für verbesserte gesetzliche Regelungen ein.



Kosten der Unterkunft

abseits der Realität



Juliane Nagel
Sprecherin für Kinder, Jugend
und Migration

Enrico Stange
Sprecher für Beschäftigung

Der Leipziger Wohnungsmarkt ist seit Jahren angespannt, der Druck steigt. Das stellt besonders Menschen, die Sozialleistungen beziehen, vor große Herausforderungen bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum. Weil es an günstigen Wohnungen fehlt, leben viele Leistungsbeziehende in Wohnungen, deren Mieten über den anerkannten Richtwerten der angemessenen Kosten der Unterkunft (KdU) liegen. Daher bekommen sie oft weniger KdU vom Jobcenter oder Sozialamt und müssen die entstehende Differenz aus dem Regelbedarf selbst tragen. Viele geraten damit an Existenzgrenzen und in eine Schuldenspirale.

Im Kontext der Umsetzung des 13. SGB-II-Änderungsgesetzes drohen weitere Verschärfungen mit weitreichenden Folgen für die Sozialleistungsbeziehenden. Die Situation wird weiter verschlechtert und der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum zusätzlich erschwert. Wohnen wird für Leistungsbeziehende zu einem zentralen Armutsrisiko.

Mehr Haushalte mit Wohnkostenlücke

Die Antworten auf verschiedene Anfragen unserer Fraktion zeigten, dass die sogenannte

Kosten der Unterkunft oder auch kurz **KdU** werden vom Sozialamt gezahlt. Sie sollen für Sozialhilfeempfangende die Wohnkosten abdecken. Sie decken die „angemessenen“ Kosten ab.

Wohnkostenlücke, also die Differenz zwischen den tatsächlichen Kosten für eine warme Wohnung und dem Leistungsbetrag von Jobcenter oder Amt, im vergangenen Jahr im Durchschnitt bei 132,20 Euro lag. Das ist Geld, welches Betroffenen an anderer Stelle – Lebensmittel, Kleidung, Freizeitaktivitäten – fehlt. 2025 bestand bei 4.693 von etwa 36.000 Haushalten mit KdU-Bezug in unserer Stadt eine Wohnkostenlücke. 2022 lag die Zahl noch deutlich darunter.

Kaum Wohnungen im angemessenen Segment

Was die Lage zusätzlich verschärft, ist der immense Mangel an Wohnungen in Leipzig, die im sogenannten angemessenen Segment liegen: 1.089 waren es im vergangenen Jahr. Noch dazu konkurrieren Leistungsbeziehende mit vielen anderen Gruppen um die wenigen günstigen Wohnungen. Denn auch Studierende, Rentner*innen, Geringverdienende aus dem Niedriglohnsektor, aber auch Wohnungssuchende mit höheren Einkommen bewerben sich – da diese Wohnungen grundsätzlich allen offenstehen.

Der Missstand zwischen Bedarf und Angebot zeigt sich deutlich in den Zahlen des vergangenen Jahres: Rund 4.693 Haushalte (darunter 974 mit Kindern) hatten eine Wohnkostenlücke und müssten demnach in eine günstigere Wohnung umziehen, um weiterer Armutgefährdung zu entgehen. Im selben Zeitraum standen jedoch nur ebenjene 1.089 Wohnungen im angemessenen



Segment zu Verfügung. Es kann schon lange nicht mehr die Rede davon sein, dass angemessener Wohnraum in ausreichendem Maße verfügbar und somit für die Betroffenen auch erreichbar ist. Deshalb ist es dringend erforderlich, mit dem Jobcenter und auch dem Sozialamt dahin gehend ins Gespräch zu gehen, diese Praxis der Kürzung der KdU mindestens so lange auszusetzen, bis ausreichend angemessener Wohnraum auch real verfügbar ist. Nur etwa 23 % der betroffenen Haushalte hatten überhaupt die Möglichkeit, sich um eine passende Wohnung zu bemühen. Durch die Konkurrenz mit anderen Gruppen wird dieses Verhältnis noch ungünstiger.

Kurz gesagt: Etwa drei von vier Haushalten finden überhaupt gar nicht erst bezahlbaren Wohnraum, den sie mit ihren Sozialleistungen vollständig und angemessen bezahlen können.

Verschärfung durch die Reform des SGB II

Zudem trifft die Situation um die Wohnungslage in Leipzig für Menschen, die von Sozialleistungen leben, auf die beschlossene Gesetzesänderung im Bereich der Sozialleistungen (SGB II). Dabei entfernt sich diese weiter von einer echten Existenzsicherung! Leistungsbeziehende werden stärker alleine gelassen, in ihren Rechten eingeschränkt und unverhältnismäßig sanktioniert/mit Kürzungen belegt. Statt Hilfe droht weitere Stigmatisierung dieser Gruppe und eine noch



Appaloosa_LE, CC BY-SA 3.0, gleft.de/3q9, Wikimedia Commons

Veranstaltungstipps

unsichere Existenz. So wird ab 1. Juli 2026 für neue SGB-II-Leistungsbeziehende die Karenzzeit entfallen, sie bekommen also keine Übergangszeit zur Wohnungssuche und von Beginn an nur die sogenannt angemessenen KdU.

»Etwa **drei von vier** Haushalten finden überhaupt gar nicht erst **bezahlbaren Wohnraum**.«

Darüber hinaus sind Vermieter*innen von Leistungsbeziehenden zu umfangreichen Auskunft-, Mietwirkungs- und Formularpflichten gegenüber dem Jobcenter verpflichtet – das heißt: viel Papierkram und bürokratischer Aufwand. So werden die Mietchancen der Betroffenen weiterhin verschlechtert und ihre Akzeptanz auf dem Wohnungsmarkt gesenkt.

Mit diesen unverhältnismäßigen Veränderungen und Maßnahmen ergibt sich das Risiko, dass Betroffene unter das verfassungsrechtlich garantierte Existenzminimum fallen und damit zentrale Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts verletzt werden.

Stadtrat lehnt Linken Antrag ab

Solange es nicht ausreichend verfügbaren und bezahlbaren Wohnraum gibt, dürfen die Risiken der Wohnungslücke nicht bei Betroffenen verbleiben – Jobcenter und Sozialamt sollten in diesen Fällen die Differenz übernehmen. Einen entsprechenden Antrag unserer Fraktion hat der Stadtrat jedoch am 18. Dezember des vergangenen Jahres abgelehnt. Das ist ein fatales Signal und ein Zeichen dafür, dass die Realität auf dem Wohnungsmarkt anscheinend noch nicht in allen Köpfen angekommen ist. ■

Sport frei in der Stadt?

Das Sportprogramm der Stadt Leipzig wird fortgeschrieben. Wir wollen dazu mit den Sportvereinen in unserer Stadt in den Austausch treten:

Wie kann das Programm mit und durch die Vereine unterstützt werden? Welche Erwartungen haben die Vereine mit ihren vielen Ehrenamtlichen an die Stadt?

Wir laden Sie herzlich ein zur Diskussion mit folgenden Personen:

- **Cornelia Falken**
Stadträtin Fraktion Die Linke
- **Dr. Olga Naumov**
Stadträtin Fraktion Die Linke
- **Heiko Rosenthal**
Bürgermeister für Sport
- **Lucas Herfter**
Geschäftsführung Stadtsportbund

21. Mai 2026, 18.30 Uhr

Kantine Gutshof Stötteritz,
Oberdorfstraße 15, 04299 Leipzig

Eine Kooperationsveranstaltung zwischen dem Kommunalpolitischen Forum Sachsen e.V. und der Fraktion Die Linke im Stadtrat zu Leipzig



Grünau: Lebenswert für alle gestalten!

Grünau wird 50 Jahre alt und schaut mit 45.000 Einwohner*innen als größte Plattenbaugelände Sachsens auf eine wechselvolle Geschichte zurück.

In den vergangenen Jahren wurde viel in die soziale Stabilisierung Grünaus investiert, zahlreiche Menschen und Vereine engagieren sich täglich für ein gutes Zusammenleben und die Unterstützung von Menschen aller Generationen und jeder Herkunft.

Trotzdem bleibt Grünau ein Schwerpunkttraum der Stadtentwicklung: Armutslagen quer durch alle Bevölkerungsgruppen bleiben eine Herausforderung – mit negativen Folgen für Gesundheit, Bildung, Zukunftschancen.

Welche Maßnahmen braucht es? Welche Ideen haben die Akteure vor Ort? Wie kann Beteiligung an den Plänen gewährleistet werden?

Die linken Stadträt*innen Juliane Nagel und Sören Pellmann diskutieren mit:

- **Prof. Dr. Sigrun Kabisch**
Soziologin und Geographin, Mitglied des Quartiersrats Grünau
- **Philipp Rödel**
Projektleiter KinderKunstPlanet/ greater form
- **Steffen Juhran**
Soziokulturelles Zentrum „KOMM-Haus“
- *Vertreter*in des Amtes für Wohnungsbau und Stadterneuerung*
- **Christoph Wittwer**
Kita um die Welt

10. Juni 2026, 16:00 Uhr

Kita um die Welt,
Plovdiver Str. 50

Eine Kooperationsveranstaltung zwischen dem Kommunalpolitischen Forum Sachsen e.V. und der Fraktion Die Linke im Stadtrat zu Leipzig

Wertschätzung für Leipzigs Freie Szene

Mandy Gehrt
Sprecherin für Kultur

In diesem Jahr wird erstmals die Basisförderung für neun Träger der Freien Leipziger Kulturszene ausgezahlt und schließt die Lücke zwischen Projektförderung und institutioneller Förderung. Die Mittel werden bis zu vier Jahre für den Auf- und Ausbau professioneller Strukturen vergeben. Sie schafft wichtige Planungssicherheit für die Träger und ermöglicht es ihnen, kontinuierliche künstlerische und kulturelle Angebote für die Leipziger Stadtgesellschaft umzusetzen.

Als Linksfraktion haben wir uns bei der Bearbeitung der Fachförderrichtlinie Kultur für die Verankerung der Basisförderung starkgemacht. Für die finanzielle Untersetzung im Doppelhaushalt 2025/2026 wurde der gemeinsame Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD beschlossen.

Gerade in Zeiten knapper Stadtkassen ist das ein wichtiges Signal an die Kulturschaffenden. Viele Einrichtungen und Projekte der Freien Szene kämpfen seit Jahren um ihr Bestehen. Während Krisen und Inflation immer neue Herausforderungen hervorbrin-



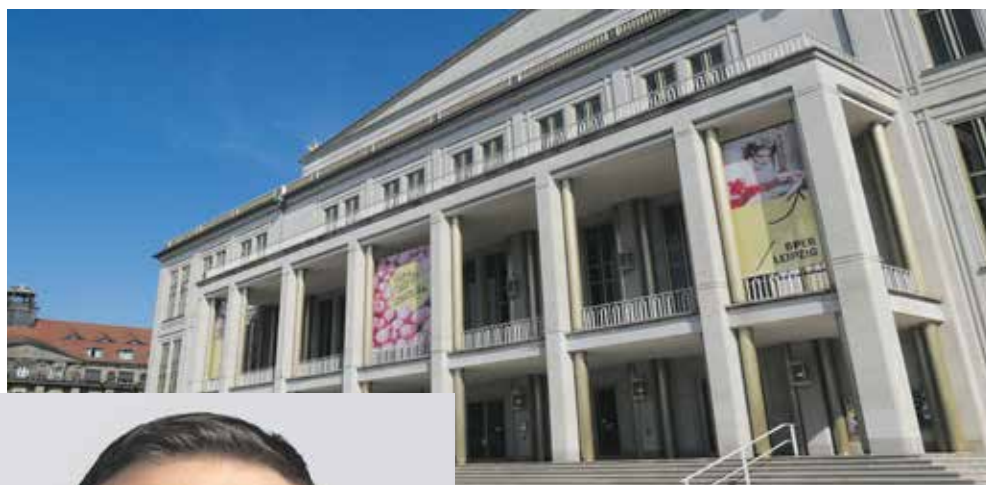
gen, wachsen Druck und Existenzängste. Dabei ist es oft die Kultur, die Menschen berührt, zum Nachdenken anregt und Räume für Begegnung und Austausch schafft. Sie stärkt den Zusammenhalt und ein demokratisches Miteinander. Das sollte uns als Stadt etwas wert sein. ■

(Hoch-)Kultur für alle?

Marco Götze
Sprecher für Schulpolitik

In der Ratsversammlung im März hat der Stadtrat mit der neuen Entgeltordnung die Erhöhung der Ticketpreise für die Leipziger Oper beschlossen. Wie alle Eigenbetriebe ist auch die Oper in einen finanziellen Engpass geraten. Nötige Tarifierhöhungen begrüßen wir, aber auch Inflation und Energiekosten sind Herausforderungen. Dass die Preise für Eintrittskarten fast aller Preiskategorien erhöht werden, ist leider nicht zu vermeiden.

Der Linksfraktion ist es jedoch wichtig, dass ALLE Leipziger*innen Zugang zu Kulturangeboten haben – ob für das kleine freie Theater oder eben auch die große Oper. Mit einem Änderungsantrag haben wir gefordert, dass der Ticketpreis in der günstigsten Preiskategorie – wenigstens in einer einzigen von 30 (!) – wie in der MuKo* lediglich um einen Euro erhöht wird. Dies wurde abgeschmettert durch eine leider uneinsichtige Ratsmehrheit. Das allergünstigste Ticket wird nun 19 Euro, statt vorher 13 Euro, kosten. Das falsche Signal!



Die Oper darf kein Kulturbetrieb für Besserverdienende sein. Hier wurde aus Ignoranz Menschen der Kunstgenuss erschwert, welche sich ohnehin erheblich weniger leisten können als andere – und erst recht nicht öfter. Die Ratsmehrheit nutzte nicht einmal ihre bescheidenen Möglichkeiten, den Ärmsten den Zugang zu erleichtern, obwohl das für die wirtschaftliche Gesamtlage der Oper fast nicht ins Gewicht fiel. So verspielt man die verbindende Kraft der Kultur für alle. ■

Herausgeberin:
Fraktion Die Linke im
Stadtrat zu Leipzig
Martin-Luther-Ring 4-6
04109 Leipzig

Tel: (0341) 123 2150
Web: linksfraktion-leipzig.de
E-Mail: linksfraktion@leipzig.de
facebook: facebook.com/linksfraktionle
instagram: instagram.com/linksfraktion_leipzig

V.i.S.d.P.: Enrico Stange
Gestaltung: William Rambow
Fotos: William Rambow, Birthe Kleemann,
Fraktion Die Linke im Stadtrat zu
Leipzig, Olaf Krostiz

Die Linke

Fraktion im
Stadtrat zu Leipzig